



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Förderberatung Unternehmens-
kunden
Domplatz 12
39104 Magdeburg



AUSZAHLUNGSANTRAG UND VERWENDUNGSNACHWEIS

Beratungshilfeprogramm für Unternehmen

1. ANGABEN DER/DES KUNDEN

Name /Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Auszahlungsantrag und VN (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

2. ANGABEN ZUR FÖRDERUNG

Datum Zuwendungs- und Beratungsvertrag

Datum letzter Nachtrag zum Vertrag:

Vorgangsnummer

Beratungsinhalt

3. ANGABEN ZUM BERATUNGSZEITRAUM

Anzahl der realisierten Tagewerke

Beginn der Beratung

Tag/Monat/Jahr

Abschluss der Beratung

Tag/Monat/Jahr

4. ERGÄNZENDE ANGABEN BEI EU-KOFINANZIERUNG

4.1 Aufbewahrungsort aller mit diesem Vorhaben/Projekt in Zusammenhang stehenden Originalunterlagen (Belege Honorarabrechnung, Beratungsbericht, etc.)

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

4.2 Identifizierbarkeit des Vorhabens

Ist zur eindeutigen Identifizierbarkeit des Vorhabens über die Verwendung der Fördermittel gesondert Buch geführt oder ein geeigneter, vorhabensbezogener Buchführungscode verwendet worden?

Ja

Nein

Bemerkung



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION
EFRE
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung

Stand: 07.02.2017

5. ZAHLENMÄßIGER NACHWEIS

5.1 Ausgaben (in Euro)

aufgewendetes Beraterhonorar	Netto	Brutto
Beratungskosten je Tagewerk	Netto	Brutto

5.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
Summe der Finanzierungsmittel	

5.3 Angaben zum Auszahlungsbetrag

Zuwendung zu den Beratungsausgaben in Höhe von Euro

6. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG

Ich/Wir bitte/n um Überweisung des unter Ziffer 5.3 aufgeführten Überweisungsbedarfs lt. Abtretungsregelung gemäß Zuwendungs- und Beratungsvertrag an:

IBAN				BIC (SWIFT-Code)			
Länder- code	Prüf- ziffern	Bankleitzahl	Kontonummer				
Kreditinstitut							
Kontoinhaberin/Kontoinhaber							
Verwendungszweck							

7. DEM AUSZAHLUNGSANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

- a) vom Unternehmen bestätigter schriftlicher Beratungsbericht des Beraters (i.S.v. Ziffer 2.3.3 der Richtlinie (alt) , RdERI. des MW vom 10.11.2015 (MBL. LSA Nr. 45/2015 vom 07.12.2015, S. 753 ff. bzw. § 15 des Zuwendungs- und Beratungsvertrages) sowie ein Nachweis über die durchgeführten Beratungstagewerke nach folgendem Schema:

Tätigkeiten für das bewilligte Vorhaben		
Datum am	Tätigkeit	Anzahl Std.
....

- b) Gesamtrechnung des Beraters
- c) Kontoauszug als Nachweis der Zahlung des Eigenanteils
- d) Nachweis (Foto), dass ein Plakat (in Mindestgröße A3) an einer gut sichtbaren Stelle über die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union informiert.

8. ERKLÄRUNGEN DES KUNDEN

- a) Ich/Wir erkläre(n), dass die Ausgaben notwendig waren, mit den Fördermitteln wirtschaftlich und sparsam verfahren wurde und die Angaben im Auszahlungsantrag und Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.
- b) Ich/Wir erkläre(n), dass in den förderfähigen Ausgaben keine Umsatzsteuerbestandteile enthalten sind.
- c) Ich/Wir erkläre(n), dass die zum Nachweis der Einzelausgaben eingereichten quittierten Rechnungen oder gleichwertigen Buchungssbelege Originale sind.
- d) Ich/Wir erkläre(n), dass die Identifizierbarkeit des mit unter Ziff. 2 genannten **Zuwendungs- und Beratungsvertrages** geförderten Projektes im Buchführungssystem gesichert ist (z.B. durch die Einrichtung von projektbezogenen Unterkonten, die Verwendung eines geeigneten vorhabenbezogenen Buchführungscodes (Kostenstelle) oder die Verwendung eines separaten projektbezogenen Bankkontos).
- e) Ich/Wir erkläre(n), dass für das durchgeführte **Vorhaben** keine weitere Förderung beantragt, zugesichert oder bewilligt wurde und keine weiteren Mittel als die abgerechneten zur Verfügung stehen.
- f) Ich/Wir erkläre(n), dass die Belege über die Durchführung des Vorhabens mindestens bis zum 31.12.2028 aufbewahrt werden, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt wird.
- g) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine Änderung des unter Ziffer 7. 4.1. dieses Verwendungsnachweises genannten Aufbewahrungsortes unverzüglich mitteilen.
- h) Ich /Wir erkläre(n), dass die Beratung
- gemäß Vereinbarung im 2. Abschnitt des Zuwendungs- und Beratungsvertrages vollständig abgeschlossen ist und
 - entsprechend dem Beratungsvertrag durchgeführt worden ist,
 - nicht entsprechend dem Vertrag durchgeführt wurde und begründen dies ebenfalls in beigefügter Anlage.
- i) Ich wir erklären, dass ein Plakat (in Mindestgröße A3) an einer gut sichtbaren Stelle über die finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union informiert .Ein Nachweis (Foto) wurde diesem Auszahlungsantrag und Verwendungsnachweis beigefügt.
- j) Ich/Wir erkläre(n), dass bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen auf die Unterstützung des Vorhabens mit Mitteln des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds hingewiesen wird. Nur sofern eine Website betrieben wird: Mein/Unser Unternehmen informiert die Öffentlichkeit auf unserer Website über die Ziele und Ergebnisse des Vorhabens sowie über die Unterstützung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds.
- k) Die von mir/uns gemachten Angaben im Auszahlungsantrag und Verwendungsnachweis und in den unter Ziffer 7 benannten Anlagen sind vollständig, richtig und stimmen mit den Büchern und Belegen überein.
- l) **Behrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 3., 4.1 bis 4.2, 5. 1 5.2, 6. und 8.a), 8.b), 8.c), 8.d), 8.e), 8 h sowie die Angaben in den gemäß Ziffer 7. a), 7. b) und 7.c) beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES KUNDEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

UNTERSCHRIFT DER/DES BERATER(IN)/S/BERATUNGSUNTERNEHMENS

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)